

LTW 2neu LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft. Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind. Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen. Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern. Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und -recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

43 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

44 Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein
45 gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir
46 mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das
47 Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und
48 Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf
49 unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf
50 sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei
51 Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten
52 Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur
53 Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu
54 erzielen sind.

55

56 Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden
57 ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung
58 bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt
59 wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind
60 elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund
61 in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

62

63 Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung
64 versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

65 Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen

66 Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige
67 Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen
68 geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell
69 zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche
70 Regelungen.

71 Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen
72 Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen,
73 die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und
74 sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

75 Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die
76 Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner,
77 die wir auch weiterhin unterstützen.

78 Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet,
79 Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit
80 Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke
81 unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch
82 enger zusammen.

83 Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen
84 wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige
85 Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen
86 Schweiz einrichten.

87 Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag
88 zur regionalen Wirtschaft.

89 Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und
 90 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln. Die Pflege kulturgeprägter
 91 Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch
 92 Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir
 93 sicherstellen. Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von
 94 Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

95 Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder

96 Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht.
 97 Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten
 98 Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen
 99 Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter
 100 fördern und ausbauen.

101 Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des
 102 Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken
 103 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft
 104 wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese
 105 Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO₂-Senken schaffen
 106 können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und
 107 Werkstoff.

108 Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den
 109 Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen,
 110 das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

111

112 Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder
 113 nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

114 Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz
 115 im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden
 116 die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen
 117 und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der
 118 Allgemeinwohllleistungen.

119 Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-
 120 Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der
 121 Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen
 122 dürfen.

123 Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik

124 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch
 125 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
 126 intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu
 127 verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch
 128 die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die
 129 Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem
 130 Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die
 131 Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die
 132 Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen
 133 gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen
 134 Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit
 135 allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem

136 Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und
 137 Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

138 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch
 139 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
 140 intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der
 141 Weidetiere verbessern.
 142 Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu
 143 begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten.
 144 Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen,
 145 Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den
 146 Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

147 Sauberes Trinkwasser für alle

148 Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem
 149 Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen
 150 allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren
 151 unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer
 152 höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft.
 153 Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass
 154 wir dringend handeln müssen.

155 Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche
 156 Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen,
 157 die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf
 158 Bundesebene für die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide
 159 als wirksames Instrument ein.

160 Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung
 161 des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der
 162 Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue
 163 Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren
 164 werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die
 165 Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist
 166 unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität
 167 transparent zusammenzuführen, die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich
 168 machen.

169 Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen
 170 durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit
 171 wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

172
 173 Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an
 174 leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür
 175 sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden
 176 und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

177 Über die Einbeziehung der Uferstrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in
 178 den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten
 179 Randstreifen schützen.

180

181 Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für

182 Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen.
 183 Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir
 184 das Ausbringen autochthonen Saatguts.

185 Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf
 186 ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

187 Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
 188 verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und
 189 Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

190 Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer

191 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
 192 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
 193 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt
 194 die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark
 195 genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
 196 und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere
 197 Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und
 198 gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden. Wir werden uns
 199 auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das
 200 aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen
 201 zukünftig rechtssicher untersagt werden können. In der Landesverordnung über die
 202 Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten
 203 schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben
 204 den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht
 205 vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt
 206 den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.

207 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

208 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von
 209 internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins
 210 zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor –
 211 beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert
 212 unterstützen.

213

214 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
 215 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
 216 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer
 217 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

218 Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten

219 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler
 220 Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung
 221 und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt
 222 es zu stärken.

223 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

224 Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt.
 225 Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
 226 lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete
 227 Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

228 Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die
 229 betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.
 230 Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem
 231 „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

232 Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten

233 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

234 Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen
 235 effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem
 236 „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den
 237 Krabbenfishern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere
 238 Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

239 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
 240 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
 241 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
 242 Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
 243 bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezeiten in
 244 Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem
 245 langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten
 246 Attraktionen für sanften Tourismus.

247 Ersetze Zeilen 129 - 150

248 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
 249 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
 250 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
 251 Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
 252 bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber
 253 erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

254 In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für
 255 Grundschleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der
 256 Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die
 257 Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie
 258 eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

259 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundschleppnetzfisherei den
 260 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
 261 umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

262 Offshore-Windparks sollen Schutzzonen für die Natur unter Wasser bleiben. Sie
 263 sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

264 In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als
 265 bisher widerspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in
 266 Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

267 Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um
 268 neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

269 Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten
 270 Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfisherei geschlossen werden

271 Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die
 272 Freizeitfischerei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten
 273 Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders
 274 bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und
 275 Umstiegshilfen anbieten.

276 Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft
 277 nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem
 278 EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich
 279 weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs-
 280 und Umstiegshilfen anbieten.

281 Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der
 282 wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen
 283 (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei
 284 soll über die Einbeziehung in die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur
 285 Schonung der Bestände leisten.

286 Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen

287 Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in
 288 Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit. Wir bekräftigen
 289 daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die
 290 Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open
 291 Data zur Verfügung gestellt werden.

292 In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative
 293 Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen
 294 übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten
 295 Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

296

297 Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die
 298 Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des
 299 verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch
 300 die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei
 301 getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der
 302 gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere
 303 diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den
 304 strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

305 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

306 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von
 307 Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere
 308 die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen
 309 vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz
 310 bringen.

311 Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern

312 Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu.
 313 Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der
 314 Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese
 315 Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

316 Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche
 317 nach Alternativen, Rückhaltemöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und
 318 Schadstoffen vorantreiben.

319 Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die
 320 Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen
 321 Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schifffahrt muss ihren Teil zum Erhalt
 322 unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer
 323 entsorgen.

324 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-
 325 Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und
 326 Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung
 327 der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von
 328 kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion
 329 von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe
 330 und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

331 Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und
 332 plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

333 An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen

334 Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land
 335 Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie
 336 "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige
 337 Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen
 338 hinterlegen.

339

340 Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist, verrohrte
 341 und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer natürlichen Dynamik
 342 überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu den hydrologischen,
 343 biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein offenes Gewässer ist in
 344 der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze Oberflächenwasser schnell
 345 aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes Gewässer in der Regel nicht
 346 leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im Rahmen von Wohn- oder
 347 Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen künftig bereits in der
 348 Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits bestehen, sollte der Rückbau
 349 im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen. Hierbei wird zudem die ökologische
 350 Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische Organismen deutliche verbessert
 351 oder erst möglich gemacht.

352 Den Menschen das Meer erlebbar machen

353 Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die
 354 vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln.
 355 Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen
 356 vertraut sein.

357 Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt

358 Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und
 359 Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame
 360 Projekte zur CO₂-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des
 361 Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,

362 neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die
363 Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und
364 uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden.
365 Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen,
366 bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen. Die
367 Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert
368 werden.

369 Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch
370 gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie
371 Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadt geholt.
372 Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der
373 Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch
374 weiter unterstützen wollen.

375 Vom Müll zum wertvollen Grundstoff

376 Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel
377 von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst
378 wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten,
379 Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr
380 benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen
381 wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von
382 Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die
383 Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als
384 unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

385 Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung

386 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das
387 Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden
388 die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre
389 nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

390 Umwelt@Digital

391 Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten
392 (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in
393 maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

394 Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür
395 einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren,
396 deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und
397 Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der
398 IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen
399 werden.

400 Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse
401 für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus
402 Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

403 Auf den Punkt

- 404 • Wir werden eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und
405 zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- 406 • eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz
407 errichten,
- 408 • mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und
409 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,
- 410 • mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als
411 Open Data anlegen,
- 412 • die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative
413 Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- 414 • Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

415 Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich
416 und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden
417 Lebensmitteln

418 Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche
419 Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich
420 genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben
421 den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

422 Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die
423 Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die
424 Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
425 den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für
426 Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

427 Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen
428 Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

429 Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende
430 Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten
431 landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich
432 alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der
433 Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die
434 landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

435 Faire Preise für gute Nahrungsmittel

436 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
437 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung
438 vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns
439 und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen
440 bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das
441 Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite
442 allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen.
443 Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im

444 Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien
 445 an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität
 446 können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

447 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

448 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
 449 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer
 450 Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der
 451 ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der
 452 Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt
 453 bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl
 454 sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht
 455 werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür
 456 brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die
 457 Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen
 458 Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft
 459 und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer
 460 Familien an.

461 Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft

462 Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
 463 Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt
 464 der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung
 465 von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die
 466 Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische
 467 Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle
 468 Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

469 Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige
 470 Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für
 471 öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und
 472 Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung
 473 der ländlichen Räume So werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22
 474 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der
 475 Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten.
 476 Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in
 477 die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei
 478 den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere
 479 ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

480 Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung
 481 auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an
 482 zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir
 483 Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden
 484 Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann.
 485 Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von
 486 Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja
 487 voranzutreiben.

488 Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen
 489 Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der
 490 jeweiligen Region auszubauen.

491 Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den
 492 Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der
 493 Projektphase fest etabliert werden. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in
 494 der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“
 495 unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

496 Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt

497 Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen
 498 und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten
 499 einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der
 500 ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist
 501 der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber
 502 hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse
 503 "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden
 504 Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und
 505 Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

506 Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft

507 Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes
 508 zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

509 Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine
 510 wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben wir
 511 ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im
 512 Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden
 513 wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese
 514 Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als
 515 Kohlenstoffsенке, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

516 Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker
 517 bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem
 518 starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch
 519 geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben
 520 dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die
 521 getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden zur
 522 Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

523 Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen
 524 und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland
 525 bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen
 526 wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den
 527 Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

528 Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken

529 Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse
 530 oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die
 531 Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine
 532 Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer
 533 größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer
 534 bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl
 535 und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im
 536 Land.

537 Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei
 538 systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese
 539 Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine
 540 unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund
 541 fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der
 542 Erzeugung.

543 Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen,
 544 wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im
 545 Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir
 546 treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem
 547 Bundesimmissionschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert
 548 gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches
 549 B-Plan-Verfahren.

550 Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht
 551 wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken
 552 beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative
 553 tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand
 554 besonders berücksichtigt werden.

555 –
 556 Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen
 557 Massentierhaltung
 558 Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen
 559 Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den
 560 Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg
 561 geplant werden.

562 Lernen auf dem Bauernhof

563 Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen
 564 sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017
 565 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkindern
 566 erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das
 567 Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und
 568 Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen
 569 erforderlich.

570 Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen
 571 saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer
 572 Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in
 573 sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

574 Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es
 575 viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

576 Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte

577 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den
 578 zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten,
 579 unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss
 580 darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung
 581 von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und
 582 die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden
 583 durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man

584 sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen
 585 und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 586 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 587 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 588 Kantinen.

589 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

590 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 591 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 592 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 593 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 594 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 595 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 596 Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in
 597 Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 598 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 599 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 600 Kantinen

601 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

602 Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt
 603 passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das
 604 Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen
 605 (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser
 606 Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch
 607 tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
 608 Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen
 609 Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und
 610 regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

611 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)

612 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 613 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 614 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 615 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 616 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 617 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 618 Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu
 619 ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und
 620 Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 621 einzusetzen.

622 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen
 623 produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes
 624 Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch
 625 ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
 626 Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in
 627 Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

628 Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei

629 Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von
 630 Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies
 631 abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame
 632 bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern
 633 eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich
 634 gekennzeichnet wird.

635
 636 Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von
 637 genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut
 638 werden.

639 Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie

640 Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer
 641 Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die
 642 Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der
 643 Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch
 644 Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger
 645 geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten
 646 und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die
 647 Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und
 648 Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

649 Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und
 650 andere blütenbesuchende Insekten entgegenreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und
 651 dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

652 Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum

653 Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht
 654 nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere
 655 Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum
 656 ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind
 657 und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale
 658 Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine
 659 Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

660 Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine
 661 ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr
 662 Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn,
 663 breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und
 664 Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und
 665 vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in
 666 Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte
 667 ländliche Entwicklungsprojekte.

668 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen
 669 eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die
 670 Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu
 671 entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

672 Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital

673 Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in
 674 Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.

675 Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die
 676 sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird
 677 auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die
 678 Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und
 679 damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle
 680 Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige
 681 Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der
 682 Arbeitsplatzqualität.

683 Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote
 684 zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information,
 685 um bei den Angeboten zum "Smart Farming" die Spreu vom Weizen trennen zu können.
 686 "Smart Farming" ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße
 687 etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

688 Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu
 689 kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies
 690 ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-
 691 Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für
 692 Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

693 Auf den Punkt

- 694 • Wir werden ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der
 695 Wissenschaft einrichten
- 696 • Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- 697 • Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- 698 • das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- 699 • in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte
 700 bevorzugt einsetzen
- 701 • ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- 702 • die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

703 Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und
 704 Haushaltung

705 Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht,
 706 Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen
 707 zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

708 Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem
 709 Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der
 710 Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere
 711 Tierhaltung ist dringend geboten.

712 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und
 713 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine
 714 tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

715

716 Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten
717 überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanagement weiter etablieren und
718 durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere
719 Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

720 Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso
721 verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren
722 von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine
723 anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten
724 einsetzen.

725 Tierschutz ist ein zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet
726 selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die
727 Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir
728 dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen
729 vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

730 Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in
731 der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die
732 Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des
733 Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung
734 von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen
735 resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

736 Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorgebracht werden. Wir
737 unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das
738 Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im
739 Baugenehmigungsverfahren zu finden.

740 Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und
741 Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der
742 Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der
743 Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im
744 sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

745 Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind
746 zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende
747 Finanzierung der Tierheime einsetzen.

748 Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus
749 auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf
750 landeseigenen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den
751 Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

752 Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein –
753 das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer
754 Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von
755 Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die
756 Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

757 Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in
758 Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen
759 bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines
760 Landestierschutzbeauftragten an.

761 Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der
 762 Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht
 763 zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie
 764 vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres
 765 als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

766 Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an
 767 Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden.
 768 Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung
 769 der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute
 770 kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei
 771 Fällen wie der Vogelgrippe.

772 Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb
 773 sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch
 774 Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

775 Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld
 776 Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen
 777 dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden.
 778 Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit
 779 speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

780 Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem
 781 jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen
 782 Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von
 783 männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas
 784 aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei
 785 erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend
 786 erforderlich

787 Auf den Punkt

- 788 • Wir werden uns für den Ausbau einer tierartgerechten und
 789 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und
 790 Weidehaltung,
- 791 • eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und
 792 Puten auf den Weg bringen,
- 793 • für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- 794 • Tierheime finanziell untertützen,
- 795 • uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- 796 • Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht
 797 verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

798 Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst
 799 durch Information und Transparenz

800 Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.
 801 Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie

802 Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die
 803 Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten,
 804 wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel“ oder produktbezogene „CO2-Fußabdrücke“.
 805 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber
 806 wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern,
 807 Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

808 Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern

809 Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf
 810 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern
 811 eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer
 812 unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die
 813 Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

814 Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und
 815 der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der
 816 Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

817 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten.
 818 Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach
 819 bei uns im Land.

820 Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt

821 Bewusste Konsumententscheidungen setzen Transparenz voraus.

822 Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache
 823 gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der
 824 Drei“ – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir
 825 die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und
 826 Nordrhein-Westfalen, prüfen.

827 Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden,
 828 wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und
 829 effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der
 830 Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen
 831 müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen
 832 Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen
 833 und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser
 834 Landeslabor weiter stärken.

835 Verbraucher*innenschutz@Digital

836 Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und
 837 Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile
 838 dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach
 839 fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl
 840 haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten
 841 online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
 842 Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung
 843 zügig umgesetzt werden.

844 Auf den Punkt

- 845 • Wir werden uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in
846 Schleswig-Holstein einsetzen,
- 847 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung
848 einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- 849 • uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark
850 machen.

851 Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen

852 Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus

853 Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel
854 abwenden kann. Die ersten Vorbotsen sind längst da: Unwetter, Starkregen,
855 Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der
856 Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die
857 manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere
858 Kinder hart treffen.

859 Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen
860 sind die globalen Kosequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel,
861 Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die
862 Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C,
863 möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses
864 Ziel zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in
865 Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der
866 Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris.
867 Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine
868 Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der
869 Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität –
870 womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten
871 Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

872 Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere
873 Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren
874 Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

875 Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur

876 Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen
877 Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch,
878 Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder
879 Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst
880 Mensch, Natur und Landschaftsbild.

881 Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas
882 aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten
883 werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die
884 Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und
885 Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu
886 Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden

887 die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände
888 von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des
889 Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern
890 strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur
891 Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das
892 nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den
893 Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeindegewillen, aber das
894 Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die
895 Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam
896 erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir
897 veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen
898 Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

899 Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch
900 und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden
901 an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung
902 unumgänglich.

903 Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung

904 In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen
905 beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann
906 verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

907 Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten
908 Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand
909 von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich
910 setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den
911 Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

912 Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in
913 den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch
914 mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht.
915 Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die
916 intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

917 Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen

918 Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht
919 nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind
920 Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den
921 Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren
922 so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend
923 notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat
924 erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem
925 Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch
926 wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den
927 Klimaschutzziele nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare
928 Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

929
930 Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser
931 Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand
932 montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder
933 Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für

934 Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung
935 auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine
936 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden
937 kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der
938 Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land
939 wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

940 Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen

941 Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren
942 uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so
943 den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein
944 sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig
945 wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden.
946 Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg
947 aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen
948 schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt
949 abgeschaltet.

950 In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und
951 Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen,
952 muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas
953 aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050
954 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle
955 und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist
956 wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu
957 erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung
958 zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns
959 der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025
960 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms
961 kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie
962 sich messen lassen.

963 Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein

964 Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO₂ durch Verpressung in unterirdische
965 Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch
966 weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab.
967 Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking
968 wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns
969 nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen
970 Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten
971 nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch
972 weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

973 Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen

974 Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit
975 dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch
976 umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter,
977 Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie
978 umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso
979 wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten
980 können.

981 Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen

982 Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und
 983 Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel
 984 der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle
 985 drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente
 986 Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum
 987 Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

988 Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der
 989 Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von
 990 freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei
 991 allen Verfahrensschritten sorgen.

992 Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir
 993 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der
 994 Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit
 995 spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045)
 996 begonnen wird.

997 Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch
 998 nach dem Abschalten nicht gesenkt.

999 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des
 1000 Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische
 1001 Subventionen in die Atomindustrie.

1002 Energie@Digital

1003 Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein
 1004 zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur
 1005 Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung,
 1006 Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

1007 Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits
 1008 heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren
 1009 und sich als sogenannte „Prosumer“ neue finanzielle Möglichkeiten auf dem
 1010 Energiemarkt zu eröffnen.

1011 Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir,
 1012 wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll
 1013 nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des
 1014 Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen
 1015 Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzen uns dafür
 1016 ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz
 1017 hohen Datenschutzerfordernungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen
 1018 unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher
 1019 Smart Meter im Land fördern.

1020 Auf den Punkt

- 1021 • Wir werden die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr,
1022 voranbringen,
- 1023 • die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien
1024 beachten,
- 1025 • bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- 1026 • neue Effizienztechnologien unterstützen,
- 1027 • konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- 1028 • Stromnetze ausbauen,
- 1029 • Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- 1030 • alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- 1031 • alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

1032 Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So
1033 bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in
1034 unser Schleswig-Holstein

1035 Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt.
1036 Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus. Bei
1037 Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die
1038 zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital
1039 gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten
1040 können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige
1041 Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für
1042 Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive
1043 Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung,
1044 flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom
1045 Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der
1046 Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt
1047 und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der
1048 Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss). So soll ein neuer
1049 Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als
1050 Heimat für nachhaltige Start-Ups.
1051 Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten
1052 und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

1053 Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die
1054 glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit
1055 Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter
1056 Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und
1057 Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der
1058 Wirtschaft nutzen.

1059 Gemeinsam anders wirtschaften

1060 Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert
1061 darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

1062 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen
1063 Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und
1064 neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlokonomien,
1065 solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu
1066 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei
1067 denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen
1068 erbracht wird.

1069 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die
1070 Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen
1071 den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit
1072 ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und
1073 pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit)
1074 fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.
1075 Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung
1076 für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir
1077 gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie
1078 z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern
1079 zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von
1080 Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

1081 Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute
1082 gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-
1083 Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um
1084 nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrigschwelliger als
1085 bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte
1086 Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

1087 Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs)
1088 und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre
1089 Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen,
1090 schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

1091 Nachhaltige Entwicklung stärken

1092 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von
1093 Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können
1094 nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir
1095 wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und
1096 neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die
1097 Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

1098 Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische
1099 Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss
1100 machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl
1101 die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln
1102 berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen
1103 Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns
1104 dabei unterstützen.

1105 Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze,
1106 Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die
1107 internationalen Folgen widerspiegeln.

1108 Handwerk hat grünen Boden

1109 Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche
1110 Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in
1111 vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres
1112 Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere
1113 Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren
1114 intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-
1115 Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
1116 Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von
1117 Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres
1118 leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile
1119 auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die
1120 Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als
1121 Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten
1122 wir.

1123 Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein
1124 unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können.
1125 Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

1126 Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie
1127 brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie
1128 Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise
1129 Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und
1130 besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf
1131 Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten
1132 aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

1133 Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein

1134 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen
1135 ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine
1136 nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im
1137 digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit
1138 Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von
1139 anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines
1140 Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation
1141 der Akteur*innen vorantreiben.

1142 Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land
1143 weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als
1144 aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut
1145 gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert,
1146 so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen
1147 Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente
1148 Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in
1149 besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben
1150 mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle

1151 ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld
1152 gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

1153 Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von
1154 den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

1155 Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen

1156 Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht,
1157 stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue
1158 Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den
1159 Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und
1160 mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und
1161 Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot
1162 wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen
1163 den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und
1164 nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-
1165 Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn
1166 nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

1167 Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln

1168 Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff
1169 oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten
1170 wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich
1171 weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen
1172 erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung
1173 und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der
1174 es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu
1175 entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel
1176 und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte
1177 vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

1178 So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der
1179 Industrierende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als
1180 zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und
1181 Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als
1182 auch für die industriellen Verbraucher.

1183 In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche
1184 EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung
1185 mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der
1186 Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die
1187 „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung
1188 erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und
1189 Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie
1190 produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG
1191 (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes
1192 Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein
1193 und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir
1194 in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU
1195 in den Norden holen.

1196 Zugang zu schnellem Internet für Alle

1197 Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-
 1198 Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits
 1199 jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis
 1200 zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie
 1201 anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent
 1202 erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung
 1203 vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um
 1204 den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir
 1205 Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere
 1206 öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir
 1207 auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit
 1208 schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im
 1209 Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und
 1210 Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf
 1211 der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

1212 Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen,
 1213 um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir
 1214 werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um
 1215 mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

1216 Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum

1217 Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft.
 1218 Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der
 1219 Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir
 1220 weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

1221 Starker Gesundheitsstandort

1222 Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen
 1223 Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und
 1224 Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren
 1225 Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land,
 1226 um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die
 1227 Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von
 1228 Fachkräften unterstützen.

1229 Nachhaltigen Tourismus ausbauen

1230 Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-
 1231 Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee
 1232 sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die
 1233 Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich,
 1234 ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

1235 Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“. Energetische
 1236 Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter.
 1237 Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und
 1238 ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit
 1239 oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein.
 1240 Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike),
 1241 Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

1242 Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen
 1243 wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die
 1244 Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden
 1245 Chancen wollen wir nutzen.

1246 Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum
 1247 gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der
 1248 Natur.

1249 Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören
 1250 Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute
 1251 Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und
 1252 attraktive Tarife.

1253 Ein Arbeitsmarkt für Alle!

1254 Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der
 1255 allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet.
 1256 Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden.
 1257 Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies
 1258 alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen,
 1259 für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es,
 1260 bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

1261 Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein

1262 Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns
 1263 fasziniert. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch
 1264 in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein.
 1265 Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die
 1266 Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre
 1267 drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und
 1268 erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung,
 1269 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und
 1270 Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige
 1271 Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an
 1272 Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt
 1273 ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale
 1274 Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit
 1275 unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire
 1276 Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

1277 Wirtschaft@Digital

1278 Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den
 1279 Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch
 1280 die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-
 1281 Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den
 1282 Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

1283 Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die
 1284 Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung
 1285 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue
 1286 Technologien – wie das autonome Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die
 1287 Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch

1288 Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz
1289 oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

1290 Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern
1291 uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen
1292 Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und
1293 Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam
1294 mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die
1295 sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

1296 Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir
1297 werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter
1298 erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster
1299 Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie
1300 müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den
1301 Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach
1302 reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren.
1303 Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der
1304 Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen
1305 von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen
1306 Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten
1307 der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlich einer
1308 flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für
1309 neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

1310 Auf den Punkt

- 1311 • Wir werden eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1312 • Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- 1313 • uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- 1314 • die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- 1315 • ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- 1316 • die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- 1317 • Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- 1318 • Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000
1319 steigern,
- 1320 • einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

1321 Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut
1322 ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten
1323 Mobilitätsangeboten

1324 Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für
1325 eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“
1326 vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und
1327 Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den

1328 Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den
 1329 Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing
 1330 und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und
 1331 Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

1332 Strukturen für E-Mobilität ausbauen

1333 Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren
 1334 funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden
 1335 uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit
 1336 mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen
 1337 Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz
 1338 nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten.
 1339 Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

1340 In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit
 1341 angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es
 1342 darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren,
 1343 das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine
 1344 hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

1345 Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu
 1346 Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen.
 1347 Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen
 1348 umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen,
 1349 das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

1350 Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden

1351 Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse

1352 Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität

1353 Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass
 1354 zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen
 1355 für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

1356 Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar;
 1357 die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

1358 Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind
 1359 ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

1360 Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen

1361 Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und
 1362 Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen
 1363 ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die
 1364 von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den
 1365 Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote
 1366 und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen
 1367 setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker
 1368 zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so
 1369 insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger
 1370 Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

1371 Lebenswerte Städte sind für Alle da

1372 Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große
 1373 versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm,
 1374 Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in
 1375 unseren Städten.

1376 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden,
 1377 und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben.
 1378 Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr
 1379 Carsharing, Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles
 1380 Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie
 1381 familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

1382 Mobilität ohne Lärm

1383 Bistlang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des
 1384 Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht
 1385 für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung,
 1386 aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an
 1387 bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen
 1388 endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen
 1389 Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

1390 Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken
 1391 kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht
 1392 zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir
 1393 werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen
 1394 deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den
 1395 Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

1396 Den Ländlichen Raum erfahren

1397 Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird
 1398 das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel,
 1399 Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die
 1400 wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen
 1401 die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen
 1402 mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto
 1403 brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu
 1404 aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder
 1405 Rufbusse weiter entwickelt werden.

1406 Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die
 1407 öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale
 1408 Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und
 1409 Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze
 1410 und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu
 1411 erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die
 1412 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu
 1413 beschleunigen.

1414 Das Fahrradfahren voranbringen

1415 Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen
 1416 Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes
 1417 Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen

1418 Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass
 1419 radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene
 1420 Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen
 1421 beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen
 1422 unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

1423 Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte
 1424 Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach
 1425 den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln
 1426 ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur
 1427 Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir
 1428 in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

1429 Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem
 1430 Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden.
 1431 Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit
 1432 Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute
 1433 und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir
 1434 den Radwegeausbau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene
 1435 Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

1436 Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes
 1437 vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind
 1438 zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und
 1439 Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass
 1440 Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns
 1441 für Mindeststandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme
 1442 in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von
 1443 Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben
 1444 werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der
 1445 Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien
 1446 Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

1447 Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"

1448 Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die
 1449 Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu
 1450 leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

1451 Dazu haben wir das Konzept "Netz 25+" entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende
 1452 auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine
 1453 Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und
 1454 werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir
 1455 schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

1456 Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht
 1457 überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und
 1458 klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen
 1459 Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade
 1460 Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft
 1461 umweltfreundlich gewinnen.

1462 Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der
 1463 Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

1464 Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand

1465 Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin
1466 höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im
1467 Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad
1468 Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine
1469 klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In
1470 Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

1471 Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die
1472 vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss
1473 modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis
1474 erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch
1475 auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können
1476 und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

1477 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
1478 auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern.
1479 Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies
1480 WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von
1481 Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
1482 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1483 Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen
1484 stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu
1485 nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-
1486 Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf
1487 vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnsysteme
1488 anzustreben.

1489 Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die
1490 Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus
1491 dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese
1492 Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken
1493 sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen
1494 schneller am Ziel ankommen.

1495 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
1496 auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen
1497 Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones
1498 relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten,
1499 mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
1500 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1501 Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und
1502 mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren
1503 und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht -
1504 Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und
1505 Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

1506 Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig
1507 Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifschunzel in Schleswig-Holstein
1508 mit NAH.SH und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg
1509 und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen
1510 Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer
1511 Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.

1512 Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen,
 1513 Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen
 1514 passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in
 1515 Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.
 1516 In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den
 1517 Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

1518 Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr
 1519 prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B.
 1520 das Semesterticket.

1521 Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen
 1522 und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu
 1523 Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig
 1524 erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes
 1525 Schleswig-Holstein.

1526 Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen

1527 Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische
 1528 Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte
 1529 Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das
 1530 Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind
 1531 nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes-, Landes- und
 1532 Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene
 1533 dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
 1534 Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht
 1535 nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der
 1536 Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

1537 Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt
 1538 sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen.
 1539 Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der
 1540 Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere
 1541 Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit
 1542 unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige
 1543 Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und
 1544 dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen
 1545 Weg wollen wir weitergehen.

1546 Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von
 1547 Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch
 1548 verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche
 1549 Errungenschaft bewahrt bleibt.

1550 Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die
 1551 Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die
 1552 Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum
 1553 Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir
 1554 fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages
 1555 mit Dänemark einzusetzen.

1556 Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen
 1557 will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale
 1558 Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine

1559 straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung
 1560 gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile
 1561 entlang der Strecke. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass keine individuelle
 1562 Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

1563 Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren

1564 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für
 1565 seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen
 1566 Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebaute Häfen. Wir wollen die
 1567 Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor
 1568 allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

1569 Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster
 1570 politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den
 1571 Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden
 1572 wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt
 1573 und finanziert werden können.

1574 Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige
 1575 Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen
 1576 sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie
 1577 jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

1578 Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch
 1579 problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen
 1580 Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse
 1581 und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie
 1582 die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

1583 Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine

1584 Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere
 1585 Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen
 1586 Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den
 1587 schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der
 1588 Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen,
 1589 welche Initiativen zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

1590 Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der
 1591 Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und
 1592 umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der
 1593 Bunderegierung einfordern.

1594 Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken

1595 Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark
 1596 frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen
 1597 und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von
 1598 Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für
 1599 Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf
 1600 Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese
 1601 Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im
 1602 Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und
 1603 Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

1604 Ja zur Traditionsschiffahrt

1605 Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschiffahrt. Wir
 1606 werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die
 1607 gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb
 1608 gewährleisten.

1609 Verkehr@Digital

1610 Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
 1611 Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot
 1612 oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den
 1613 Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder
 1614 Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und
 1615 klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des
 1616 Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und
 1617 kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem
 1618 Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die
 1619 Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns
 1620 gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von
 1621 Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich
 1622 bleibt.

1623 Auf den Punkt

- 1624 • Wir werden ein Schnellladenetzt für E-Mobilität ausbauen,
- 1625 • mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes
 1626 ermöglichen,
- 1627 • im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende
 1628 einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel
 1629 vernetzen,
- 1630 • den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- 1631 • die vernetzte Mobilität voranbringen,
- 1632 • den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten,
 1633 Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- 1634 • unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- 1635 • den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- 1636 • den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- 1637 • für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- 1638 • sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen
 1639 Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.